

Brief an die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger

Berlin, 8. August 2022

BMBF Forschungsförderung – Unklarheiten, Verzögerungen, Streichungen

Sehr geehrte Frau Ministerin,

im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen haben wir erfahren, dass der Beginn zahlreicher Projekte aus sieben verschiedenen Förderlinien zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Trotz positiver wissenschaftlicher Begutachtung wurde dann im Nachgang etlichen Projekten die Förderung verweigert, selbst kostenneutrale Verlängerungen nicht bewilligt und wiederum anderen Projekten die beantragten und mündlich wie auch per Mail zugesagten Mittel um zehn Prozent gekürzt. Begründet wird diese von großen Teilen der *scientific community* nicht nachvollziehbare Politik Ihres Ministeriums mit der derzeitigen Haushaltslage sowie neuen Schwerpunktsetzungen. Die Absagen wie auch die Kürzungen betreffen u. a. Projektanträge, die von Mitgliedern unserer Fachgesellschaft in den Förderlinien „Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie – Forschung für Integration, Teilhabe und Erneuerung“ sowie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“ eingereicht wurden. Bedarf es wirklich einer erneuten Betonung, wie gesellschaftsrelevant die erziehungswissenschaftliche Forschung zu Folgen von Corona und zu Rassismus und Rechtsextremismus ist? Positiv begutachtete Forschung über gesellschaftliche Polarisierung(en) kann nun nicht durchgeführt werden, und auch Erkenntnisse, wie zukünftig besser mit Krisensituationen umgegangen werden kann, werden ausbleiben. In beiden Förderlinien geht es um Forschung, die der nachhaltigen Bewältigung ungleicher gesellschaftlicher Teilhabe, von Rassismus, Sexismus, Klassismus und Ableismus dient.

Darüber hinaus wirkt sich diese Form der Förderpolitik verheerend auf die Lebenslagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Qualifizierungsphasen und deren Berufsbiographien aus. Wir sehen hier eine Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber jungen Forschenden, die im Vertrauen auf bisher verlässliche Zusagen des BMBFs erhebliche zeitliche und inhaltliche Ressourcen mobilisiert haben, vielfach bereits bestehende Verträge gekündigt haben, da die bisherige Praxis des BMBFs kaum Vorlaufzeiten beinhaltete, und die jetzt – und ggf. auch deren Familien – einer ungewissen wissenschaftlichen Zukunft entgegensehen. Etliche Antragstellende sind kürzlich aufgefordert worden, innerhalb von 14 Tagen eine Überarbeitung ihrer ursprünglichen Kostenkalkulation einzureichen, um die geforderte zehn- bzw. fünfprozentige Kür-

zung der Fördermittel zu realisieren. Mitten in der Haupturlaubszeit ist diese kurze Fristsetzung nach monatelangen Verzögerungen eine Zumutung und zehn Prozent sind, mit Verlaub, auch keine *peanuts*. Größere bzw. finanzstärkere Hochschulen können diese Kürzung der Fördermittel ggf. durch Eigenmittel auffangen, kleinere Hochschulen oder Hochschulen, die z. Zt. von Sparauflagen betroffen sind, haben in dieser Hinsicht wenig bis gar keinen Spielraum. Zu befürchten ist, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dieser Erfahrung die Konsequenz ziehen werden, zukünftig keine BMBF-Projekte mehr zu beantragen, da sie weder sich noch ihren Mitarbeitenden einen solchen willkürlich anmutenden Umgang zumuten möchten. Das Vertrauen von Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Hochschulen, im BMBF eine verlässliche Partnerin der Wissenschaftsförderung zu haben, ist durch die Vorgehensweise des Ministeriums massiv beschädigt worden und könnte sich auch negativ auf die Bereitschaft zur Erstellung von Gutachten und beruflich in der Wissenschaft tätig zu sein etc. auswirken. Auch bei in- und ausländischen Kooperationspartnerinnen und -partnern in Wissenschaft und Praxis stößt die Vorgehensweise des Ministeriums auf Unverständnis und zerstört langjährig aufgebautes Vertrauen in die Verlässlichkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland. Für die Antragstellung haben nicht nur die Antragstellenden viele Ressourcen mobilisiert, sondern dort sind bspw. auch Ressourcen vonseiten der Schulen, von Schulleitungen, der Schuladministration eingeflossen, obwohl in Anbetracht der chronischen Unterfinanzierung des deutschen Erziehungs- und Bildungssystems sowie des chronischen Mangels an Lehrkräften eigentlich keine Ressourcen für Forschungsvorhaben vorhanden sind. Sich nun an die schwer gewonnenen Projektpartnerinnen und -partner zu wenden, mit der Aussage, dass die geplanten Erhebungen mangels ausbleibender Förderung des Bundes entfallen oder die Datenerhebungen in den bevorstehenden Corona-Winter verlegt werden müssen, das beschädigt die Reputation angesehener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland und wird zukünftige Forschungen in pädagogischen Untersuchungsfeldern deutlich erschweren.

Wir sehen die aktuelle Situation mit großer Sorge und bitten um einen baldigen Gesprächstermin.

Für den DGfE-Vorstand

Univ.-Prof. Dr. Elke Kleinau

Univ.-Prof. Dr. Tanja Sturm